

Am 18. Februar 1943 wurde um 11.15 Uhr Sophie Scholl, zusammen mit ihrem Bruder Hans verhaftet – und vier Tage später von den Nazis ermordet. Zusammen mit Kommiliton*innen, u.a. Christoph Probst, der auch am 22.2. hingerichtet wurde, waren sie in der Widerstandsgruppe „Die Weiße Rose“ aktiv, wahrscheinlich seit Anfang 1942.

Am gleichen Tag, dem 18. Februar 1943, ruft Reichspropagandaminister Goebels in seiner bekannten Sportpalastrede den Totalen Krieg aus. Umjubelt, gefeiert, demagogisch.

Das war vor gut 80 Jahren!

Eine Schlußfolgerung aus diesem singulären, katastrophalen Ereignis der Menschheitsgeschichte war der Leitsatz: Wehret den Anfängen! Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.

Als Mitte Januar die Ergebnisse der Correctiv Recherche bekannt wurden, von der Konferenz in Potsdam, war das Entsetzen groß: Rechtsradikale, Nazis, darunter Anwälte, Politiker und Geschäftsleute machten sich Gedanken über die Remigration, die Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland. Unfassbar, Unsäglich.

Aber es ist nur die Spitze des Eisbergs.
Wahrscheinlich gibt es regelmäßig solche Treffen.
Es sind nur keine Journalist*innen dabei.
Die AfD bekommt immer höhere
Zustimmungswerte, und es besteht die berechnete
Befürchtung, dass sie nach den anstehenden
Wahlen in diesem Jahr in einzelnen
Bundesländern stärkste Partei sein wird. Und
unsere Gesellschaft verändern wird. Und unsere
Demokratie abschaffen will. Orbán in Ungarn,
Erdogan in der Türkei oder die mittlerweile
abgewählte PiS Partei in Polen sind ihr
Bündnispartner.

Daher:

Diese breite zivilgesellschaftliche Bewegung ist
wichtig und sie kommt keine Minute zu früh. Vielen
Dank, dass Sie da sind, dass Ihr da seid.

Wir alle machen uns Sorgen um unsere Demokratie.

Menschen haben Angst vor den rassistischen
Deportationsplänen. Sie machen sich Gedanken,
ob sie aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihrer Religion
das Land lieber verlassen sollten, bevor es zu spät
ist.

Jüdinnen und Juden werden offen antisemitisch
beschimpft und verprügelt. Queere und

homosexuelle Menschen sehen sich verstärkt Beleidigungen und Anfeindungen ausgesetzt.

Allen, die Angst und Sorgen haben, sage ich: Ihr seid nicht allein, wir stehen zusammen. Wir stehen Seite an Seite mit denjenigen, die von den Rechtsextremen nicht erwünscht sind. Ich sage ganz klar: Ihr gehört hierhin, ihr seid Teil unserer Gesellschaft.

Gemeinsam kämpfen wir für unsere Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte.

Das hier ist unser Land und wir werden es nicht den rechtsextremen Verfassungsfeinden überlassen.

Das Grundgesetz wird dieses Jahr 75 Jahre alt. Es sieht Instrumente vor, um gegen die Feinde der Demokratie vorzugehen. Aber weder auf diesen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten noch auf den großartigen Demos dürfen wir uns ausruhen.

Die aktuelle Demokratiebewegung ist Auftrag an alle demokratischen Politikerinnen und Politiker, noch entschiedener gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus vorzugehen.

Gerade jetzt müssen wir Solidarität zeigen, mit denjenigen, die vom rechtsextremen Menschenhass betroffen sind.

Aber die Entwicklungen der letzten Monate und Jahre sind auch Auftrag, darüber nachzudenken, wie es soweit kommen konnte. Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern dieser Welt.

Wir haben eben während der Demo das Lied: „Schrei nach Liebe“ gehört. Viele Menschen, die derzeit überlegen, bei den Wahlen ihr Kreuz bei der AfD zu machen, sind sicherlich (oder hoffentlich nicht) rechtsextrem. Sie geben dieser Partei ihre Stimme, weil sie verzweifelt sind, weil sie in ihrem alltäglichen Leben die Unzulänglichkeiten aktueller Politik spüren.

Kaputte Schulen, zu wenig LehrerInnen in den Klassen; eine größer werdende Schere zwischen Arm und Reich; Inflation, geschlossene KITAS, Unzuverlässigkeit der Deutschen Bahn, Klimawandel und Transformation, und ja, auch eine Militarisierung der Welt bei fehlenden finanziellen Mitteln für andere Aufgaben. All dies und die schwierige, vielleicht auch unzulängliche Bearbeitung durch „die Politik“ schürt Unzufriedenheit. Die Verstärkung in den Echokammern der A-Sozialen Medien sorgt dann für Sympathie- und Stimmenbekundung für die AfD.

Um nicht missverstanden zu werden: laut Studien vertreten mittlerweile ca. 10% der Bevölkerung gesichert rechtsextremes Gedankengut. Das ist furchtbar. Und intellektuell ist es auch nicht zu begreifen, eine Partei zu wählen, die nur vorgibt sich für die Marginalisierten und Unzufriedenen einzusetzen. In Wahrheit aber ein absolut neoliberales Programm hat, und den Wirtschaftsstandort Deutschland ruinieren und die Presse- und Meinungsfreiheit abschaffen wird.

Politikerinnen und Politiker tragen Verantwortung dafür, wie sie über Herausforderungen sprechen und wie wir ihnen als Gesellschaft begegnen. Und da müssen wir alle sensibel sein, und den Rechtsextremist*innen nicht die Vorlagen liefern. Die Wörter, die man wählt, ob in Zeitungsinterviews, am Stammtisch oder in den A-Sozialen Medien bilden Grundlage gesellschaftlicher Kommunikation. Und es wird von vielen leider schnell Öl in dieses Feuer gegossen.

Die Aufnahme von Geflüchteten ist derzeit eine Herausforderung: Menschen, die vor Krieg, Hunger und Gewalt fliehen müssen, sind aber nicht die Ursache für das Erstarken einer rechtsextremen Partei. Wir wollen und werden unsere Humanität nicht aufgeben. Und, das sage ich selbstkritisch – denn alle hier wissen ja auch, dass ich noch einen anderen Job habe – die Grünen, aber auch SPD, FDP, CDU – müssen da auch wieder besser

werden und sich z.B. des Auftrags der Genfer Konvention verstärkt erinnern! Einschnitte in das Asylrecht sind nicht im Sinne eines humanitären Flüchtlingsschutzes. Und wir sind auf viele Menschen aus allen Ländern dieser Welt angewiesen: nichts würde mehr laufen im Gesundheitssektor, im Einzelhandel, im Bau- und Gastgewerbe, im Transportwesen, bei der Gebäudereinigung, in der Rentenkasse ohne Migrantinnen und Migranten!

Wir müssen besser werden! Bei Integration. Bei Bildung. Beim sozialen Miteinander. Im täglichen Einsatz für die Demokratie. Im politischen Gespräch.

Das Aufstehen so Vieler macht Mut. Wir setzen gemeinsam ein Zeichen für eine starke Demokratie. Für Humanität.

Lassen Sie es uns verstetigen! Herzlichen Dank!